



Hat Bremen als Stadtstaat noch eine Chance?

Prof. Dr. Günter Dannemann

Finanzstaatsrat a.D.

Forschungsstelle Finanzpolitik an der Universität Bremen

Vortrag

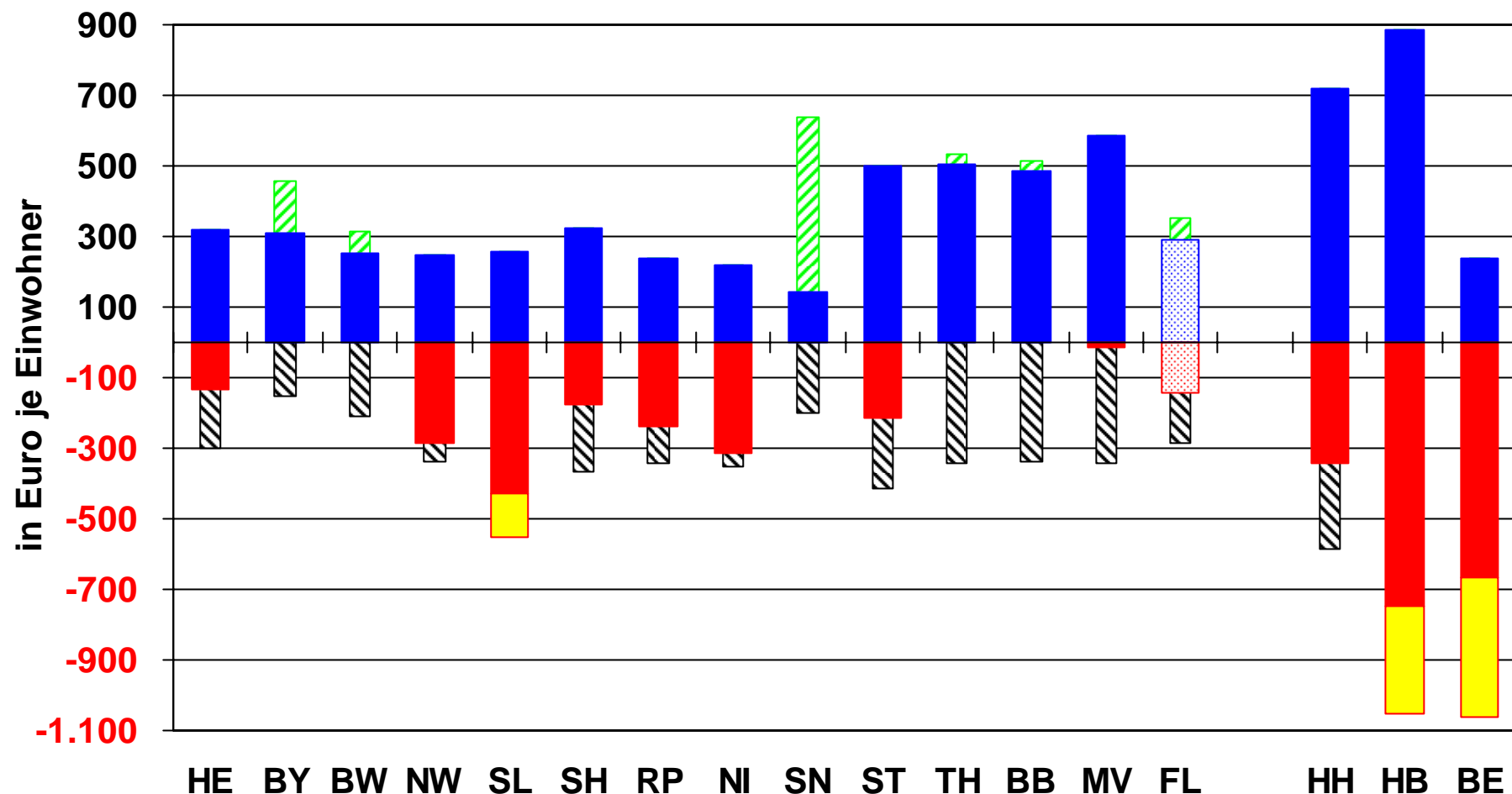
beim wirtschaftspolitischen Frühstück des
Wirtschaftsrates der CDU e.V.

26. April 2005

- 1. Vorwurf: Bremen investiert zu viel!**
- 2. Vorwurf: Bremen spart konsumtiv zu wenig!**
- 3. Vorwurf: Bremen ist nicht lebensfähig!**
- 4. Was bringt eine Fusion?**
- 5. Ist der Gang nach Karlsruhe unausweichlich?**

Aufteilung des Finanzierungsdefizits 2003

- ▨ steuerfinanzierte Nettoinvestitionen
- kreditfinanzierte Nettoinvestitionen
- kreditfinanzierte konsumtive Primärausgaben
- steuerfinanzierte Zinsausgaben
- kreditfinanzierte Zinsausgaben



Quelle:

Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2, 2004

LFA-Beiträge der Geberländer sind bei den Einnahmen und Ausgaben abgezogen; ohne SanierungsBEZ SL + HB.

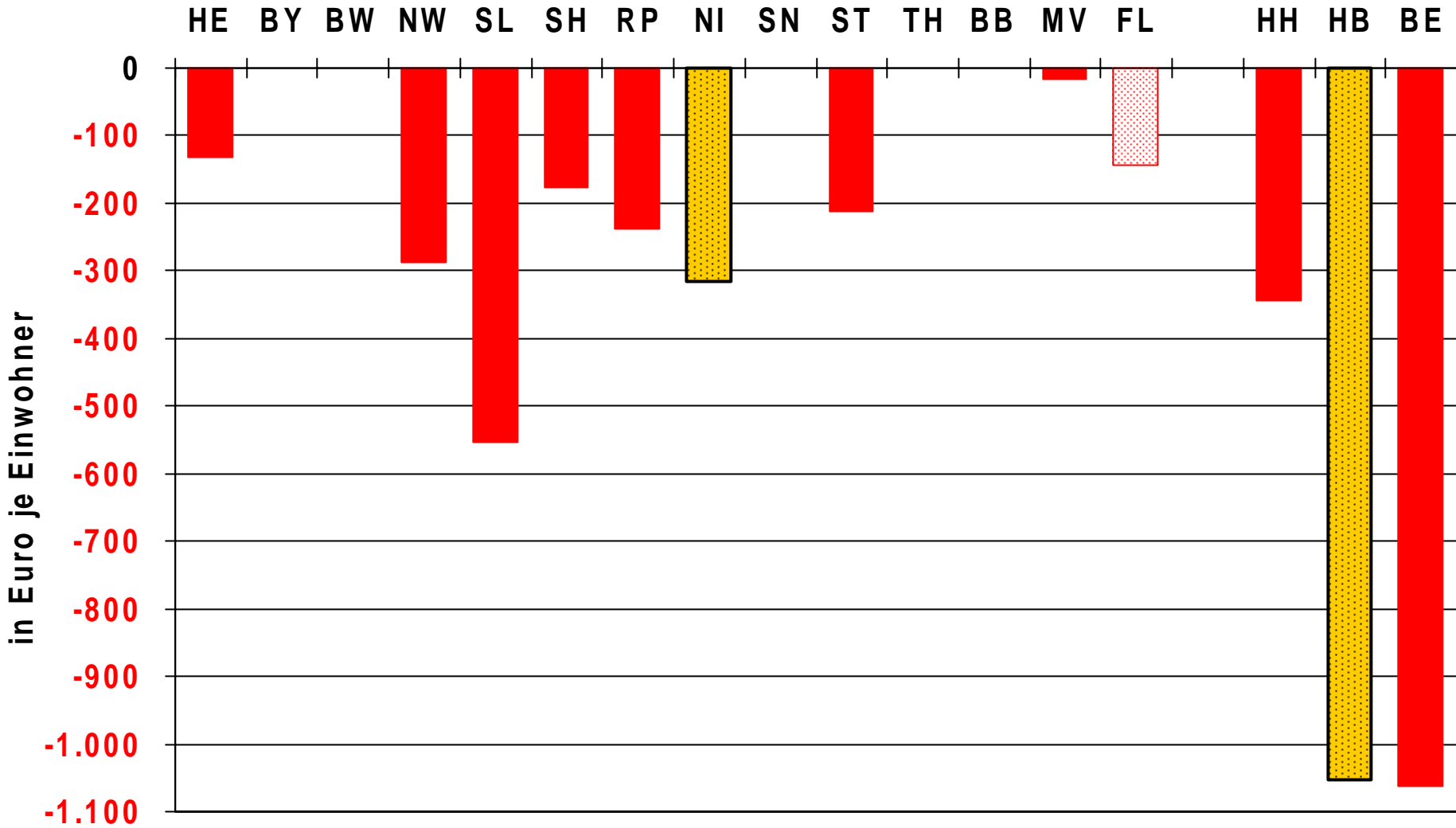
- Zwischen den 16 Bundesländern besteht ein fundamentales finanzwirtschaftliches Ungleichgewicht. Nur 5 Länder erfüllten 2003 Art. 115 GG.
- Besonders negativ betroffen sind die Stadtstaaten. Hamburg verdeckt die Problematik durch Vermögensveräußerungen und massive Verschuldung außerhalb des Haushalts.
- Bremen, Berlin und Saarland sind in einer extremen Haushaltsnotlage, zumindest Sachsen-Anhalt und Thüringen sind davon bedroht.
- Bremen wird von vielen Seiten vorgeworfen, zu viel in wirtschaftskraftstärkende Projekte und Maßnahmen zu investieren (ISP/ AIP).

- Wenn die **Zinskosten** p.a. für die Investitionsausgaben eines wirtschaftskraftstärkenden Projektes **kleiner** sind **als** die **Steuererträge** p.a. (nach Abzug laufender projektbedingter Kosten), dann ist das Projekt **regionalwirtschaftlich rentabel**.
- Die hochkomplexe Argumentation bei der Ermittlung der Steuererträge ist kaum vermittelbar (zahlreiche Hypothesen).
- Bei der bloßen Beschränkung auf Arbeitsplatzeffekte (Detailproblem: gesicherte/ neue) ohne Einwohnereffekte ist kaum eine Investitionsausgabe für ein Projekt rentabel.

- Färber (Gutachten zur extremen Haushaltsnotlage Berlins):
„Vor allem auch eine Finanzierung von möglicherweise wirtschaftskrafterhöhenden Maßnahmen oder eine Verwendung von erreichten Zinersparnissen für etwas anderes als Tilgung des übermäßig hohen Schuldenstandes sind in der deutschen **Finanzverfassung unsinnig**. Denn ein Großteil der Steuereinnahmen, wenn sie sich denn nach einigen Jahren einstellen, werden durch Mindereinnahmen **im Länderfinanzausgleich neutralisiert**.“
- Eine Orientierung der **Finanzverteilung an der Wirtschaftskraft** und **Investitionshilfen des Bundes** für wirtschaftsschwache Länder würden neue Anreize für Wirtschaftsförderung (Infrastruktur) und damit Wachstum schaffen.

- 1. Vorwurf: Bremen investiert zu viel!**
- 2. Vorwurf: Bremen spart konsumtiv zu wenig!**
- 3. Vorwurf: Bremen ist nicht lebensfähig!**
- 4. Was bringt eine Fusion?**
- 5. Ist der Gang nach Karlsruhe unausweichlich?**

Konsumtives Finanzierungsdefizit 2003



Quelle:
 Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2, 2004
 LFA-Beiträge der Geberländer sind bei den Einnahmen und Ausgaben abgezogen; ohne SanierungsBEZ SL + HB.

- In den nächsten Jahren werden die Öffentlichen Haushalte Deutschlands maximal mit 1 % p.a. steigen dürfen (eher 0 %).
- Überdurchschnittliches Sparen Bremens bei den konsumtiven Primärausgaben (Gesamtausgaben – Investitionsausgaben – Zinsausgaben = kons. Primärausgaben) in der Größenordnung von 400 Mio. Euro wird zum Verlust der Großstadtfunktion führen.

Rechtsprechung des BVerfG:

Stadtstaaten sind finanziell so auszustatten wie vergleichbare Großstädte in den Flächenländern.

- 1. Vorwurf: Bremen investiert zu viel!**
- 2. Vorwurf: Bremen spart konsumtiv zu wenig!**
- 3. Vorwurf: Bremen ist nicht lebensfähig!**
- 4. Was bringt eine Fusion?**
- 5. Ist der Gang nach Karlsruhe unausweichlich?**

	Berlin	Bremen
	in Mio. Euro	
1. Tatsächliche Finanzkraft im LFA	7.150	1.634
2. Finanzkraft nach BIP	7.055	2.128
3. (1.-2.) Gewinn (+), Verlust (-)	+ 95	- 494
4. LFA-Zuweisungen	+ 2.345	+ 282
5. BEZ	+ 2.784	+ 159
6. (3.+4.+5.) Nettogewinn (+), Nettoverlust (-)	+ 5.224	- 53
(6./2. in %) Anteil an Finanzkraft nach BIP	+ 74 %	- 2,5 %

Schlussfolgerungen

- Es ist aberwitzig, wenn Bremen auf den Vorstufen der Umsatzsteuerverteilung und der Lohnsteuerzerlegung mehr weggenommen wird als über LFA/ BEZ zugeführt wird! Bremen erwirtschaftet somit die Steuereinnahmen selbst, über die es nach LFA/ BEZ verfügt, hängt also per Saldo **nicht am Tropf** der Länder und des Bundes, sondern ist letztlich **Geberland**.
- Dagegen hängt Berlin **voll am Tropf** und wäre ohne LFA/ BEZ-Zahlungen nicht lebensfähig.
- Die Schere zwischen Finanzkraft und Wirtschaftskraft hat in Bremen nach meiner Auffassung gegenwärtig ein **verfassungswidriges** Ausmaß angenommen.
- Eine leistungsbezogene Finanzkraftverteilung nach BIP würde Bremen nicht aus seiner extremen Haushaltsnotlage befreien. Die höheren eigenen Steuereinnahmen würden **kompensiert** durch den Wegfall von LFA/ BEZ.

aber: Als Geberland hätte Bremen optisch eine erheblich bessere Verhandlungsposition (Entschuldungshilfen, Investitionshilfen, Einwohnerwertung)

- 1. Vorwurf: Bremen investiert zu viel!**
- 2. Vorwurf: Bremen spart konsumtiv zu wenig!**
- 3. Vorwurf: Bremen ist nicht lebensfähig!**
- 4. Was bringt eine Fusion?**
- 5. Ist der Gang nach Karlsruhe unausweichlich?**

2005 in Mio. Euro	Nordweststaat (NI + HB)	Nordstaat (NI+HB+SH+HH+MV)
Steuern nach LFA	- 364	- 1.553
BEZ-Verlust	- 147	- 419
Summe Einnahmen	- 512	- 1.972
Einsparpotential bei Kosten politischer Führung	+ 100	+ 528
Nettoverlust	- 412	- 1.444

Haushaltsstruktur der norddeutschen Länder und Bayerns

<i>In Euro je EW - 2001</i>	nd. Länder	Bayern	Differenz
Steuereinnahmen	2.522	2.808	-286
LFA	99	-175	274
BEZ (ohne Sonder-BEZ)	153	0	153
Sonstige kons. Einnahmen	749	931	-182
Investive Einnahmen	271	258	13
Bereinigte Einnahmen	3.794	3.822	-28
Personalausgaben	1.600	1.602	-2
Zinsausgaben	398	138	260
Sozialleistungsausgaben	355	220	135
Sonstige kons. Ausgaben	1.350	1.370	-20
Investitionsausgaben	636	795	-159
Bereinigte Ausgaben	4.339	4.125	214
Finanzierungssaldo	- 546	- 303	-243
- konsumtiv	- 180	234	-414
Einnahmeeffekt	- 144	27	-171

1. Kommunale Finanzausstattung

- eigene Gemeindesteuern
- dazu ergänzend vom Land Zuweisungen (kommunaler Finanzausgleich):
 - **Gemeindegrößenansatz:**
 - 180 v. H. für Bremen
 - 148 v. H. für Bremerhaven (heute mit HB gleichgestellt)

2. Ausgaben für Landesaufgaben in HB/ Brhv

- Hafen
- Kultur
- Hochschulen
- Bildung
- Polizei
- Wirtschaftsförderung
- usw.

Nur Spekulation (keine Rechnung) möglich, aber:

- Fusionsverlust nach Gegenrechnung von Verwaltungseinsparungen
 - desolater Haushalt NI
 - Metropolregion Hannover
- ➔ Alle Indizien sprechen für einen Weg in den Bedeutungsrückgang (auch für das Umland)

- 1. Vorwurf: Bremen investiert zu viel!**
- 2. Vorwurf: Bremen spart konsumtiv zu wenig!**
- 3. Vorwurf: Bremen ist nicht lebensfähig!**
- 4. Was bringt eine Fusion?**
- 5. Ist der Gang nach Karlsruhe unausweichlich?**

1. Freiwillige Fusion

2. Kampf Bremens um eine stadtstaatengerechte Finanzausstattung

- Verhandlungen unter Einbeziehung der Entscheidung zum Berliner NKA
- Verfassungsklage Bremens (ultima ratio)

Hinweis: Schlusssatz des BVerfG 1992

- **„Schließlich ist auf die Möglichkeit hinzuweisen, das Bundesgebiet neu zu gliedern, um, wie es in Art. 29 Abs. 1 GG heißt, zu gewährleisten, daß die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.“**



Diese Vortragsunterlagen finden Sie auf unserer
Internetseite

www.fofi.uni-bremen.de

unter der Rubrik „**Forschung**“.